

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrüdt, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 144

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver

Montag, den 23. Juni

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratis beilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

Reichsminister Brüning empfing den preussischen Finanzminister Höpfer-Aschoff, mit dem er die Sanierung der Reichsfinanzen besprach.

Der Reichstag beschäftigte sich mit der Rheinlandamnestie. Die Beschlussfassung soll am Dienstag erfolgen.

In Ravensburg in Württemberg wurde der Vatermörder Zell hingerichtet, obwohl die Reichsregierung gegen die Vollstreckung der Todesstrafe Einspruch erhoben hatte.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat seine angekündigte Deutschlandfahrt angetreten.

Die überdrehte Schraube.

Schließlich geht der Krug so lange zu Wasser, bis er bricht, oder — um dieses Sprichwort in das Finanzjargon zu übertragen — die Steuern und Tarife werden so lange erhöht, bis die Schraube nicht mehr faßt, bis trotz der Erhöhung die Erträge geringer werden. Das hat die Reichsverwaltung schmerzhaft genug erfahren müssen, als im vergangenen Jahre die Steuer auf den Branntwein erhöht wurde; daraufhin ist der Spirituskonsum auf die Hälfte zurückgegangen, und selbst die verzweifeltsten Anstrengungen nützen nichts, um die notleidende Monopolverwaltung wieder in Fahrt zu bringen. Und jetzt hat das die Reichsverwaltung zum zweiten- und drittenmal erfahren. In Dresden hat auf einer Wahlversammlung, also gewiß zu einer Gelegenheit, wo man im allgemeinen nicht in schwarz, sondern in rosa zumal pflegt, ein Mitglied des jetzigen Kabinetts, Reichsjustizminister Dr. Brüning, mitgeteilt, die Erhöhung der Biersteuer sei ein vollkommener Fehlschlag geworden. Zwar sei in Bayern der Verbrauch nicht zurückgegangen, wohl aber in Norddeutschland, und der Gesamtertrag der Steuer sei nach der Erhöhung nicht größer als vor ihr. Genau dieselbe Geschichte sei es mit der Tabaksteuer; auch hier habe der Druck der Steuererhöhung zu einer Konsum- und damit auch zu einer Steuerertragsverminderung geführt. Daraus ergibt es sich, daß — was vielleicht im Hinblick auf die augenblicklich zur Debatte stehenden Steuererhöhungspläne nicht ganz unwichtig ist — die Besteuerung der Genussmittel in Deutschland an die höchstmögliche Grenze, das sogenannte Optimum, zumindest herangekommen ist, vielleicht hier und da sogar die Grenze des „Höchst-erreichbaren“ schon überschritten hat. Theoretisch ist natürlich eine viel stärkere Besteuerung durchaus denkbar, — nur hat das für die Reichsfinanzen die Folge, daß der Gesamtertrag aus der Steuer bedeutend niedriger ist, als wenn sich die Besteuerung unterhalb jener Grenze hält.

Die Folgen einer derartigen Überbesteuerung hat auch die Reichsbahn zu spüren bekommen — wenn man unter Steuer in diesem Falle die Tarife verstehen will. Vor einigen Tagen war bekanntgeworden, daß das große Defizit bei der Reichsbahn durch eine Erhöhung der Personentarife gedeckt werden soll. Aber der Reichsbahn scheinen inzwischen einige Bedenken gekommen zu sein in dem Sinne nämlich, daß es fraglich sein würde, ob durch eine Tarifierhöhung wirklich auch eine Steigerung der Einnahmen erzielt oder ob nicht eine weitere Abwanderung von Passagieren nach anderen Beförderungsmöglichkeiten hin herbeigeführt werden würde. Der Brief, den der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Reichsbahn A.-G., Geheimrat von Siemens, an die Reichsregierung geschrieben hat, beklagt es ja ganz außerordentlich, daß unter allen Verkehrsmitteln allein die Eisenbahn verpflichtet sei, eine besondere Steuer zu tragen, und zwar als Monopolist, während die anderen Verkehrsmittel, wie Kanalschiffahrt und Luftkraftwagen, diese Beförderungskosten nicht zu tragen brauchen. Abgesehen davon, daß die Reichsbahn auch jetzt, in der Zeit schwerster Wirtschaftskrisen, nicht zu einem Defizit verurteilt ist, wenn sie nicht diese Beförderungskosten mit ihren ungefähr 300 Millionen tragen müßte. Das Defizit hat aber einen so erschreckenden Umfang angenommen, daß der Verwaltungsrat der Reichsbahn nur durch eine Herabsetzung der Personalausgaben aus diesem Defizit herauszukommen glaubt. Er verweist darauf, daß im Vergleich zu der Vorkriegszeit und zur Steigerung des Lebenshaltungsindex die Beamtengehälter um 22 Prozent gestiegen seien, daß auch die Arbeiterschaft einen um 35 Prozent höheren Reallohn erhalte als in der Vorkriegszeit und daß die Personalausgaben insgesamt gegen 1924 um 700 Millionen oder 31 Prozent gestiegen seien, während sich seitdem die Reichsbahn A.-G. in ihrem Personalbestand um 62 000 Köpfe verminderte.

Die Reichsbahn weiß, daß sie in der Tarifrage nicht absolut und despotisch entscheiden kann, sondern daß ihr früheres Monopol durchbrochen worden ist durch die Schiffahrt und vor allen Dingen den Luftkraftwagenverkehr. Bei einer weiteren Umdeutung der Tarifschraube würde diese vermutlich nicht mehr fassen, und man kommt genau so wie bei den Staatsausgaben auf die eigentlich recht naheliegende Idee, nicht mehr fortwährend die wachsenden Ausgaben nur durch eine Erhöhung der Steuern bzw. Tarife zu decken, sondern dadurch, daß man der Reichsbahn, die schon so schwer an den Lasten des Young-Plans zu tragen hat, jährlich 660 Millionen an die Internationale Bank nach Basel abführen muß, der Anregung des Präsidenten von Siemens zufolge mit der Beförderungsteuer eine weitere Last abnimmt, die künftighin von den Schultern der Allgemeinheit getragen werden sollte.

Die Rheinlandamnestie

Strich unter die Vergangenheit.

Amnestie-debatte im Reichstag.

Berlin, 21. Juni.

Der Reichstag beschäftigte sich am Sonnabend in einer nur etwas über zwei Stunden dauernden Sitzung mit den Amnestieanträgen der Deutschnationalen, der Christlichsozialen und der Kommunisten. Der Ausschuß hat aus allen diesen Anträgen einen eigenen Antrag gemacht, nach dem auch die sogenannten Fememörder von dieser Amnestie betroffen werden sollen. Von Seiten der Kommunisten war eine allgemeine Amnestie gefordert worden, von der jedoch die Fememörder ausgeschlossen werden sollten. Um diese Frage drehte sich hauptsächlich auch die ganze Debatte. Der Reichsjustizminister Dr. Brüning wies unter dem Beifall der Mehrheit des Hauses darauf hin, daß man in erster Linie die Personen erfassen wolle, die lediglich in Verteidigung der deutschen Stellung am Rhein gehandelt hätten. Mit Rücksicht auf die schwache Besetzung des Hauses wollte man, trotzdem die Debatte zu Ende ging, sich heute noch nicht festlegen, zumal auch über die Frage entschieden werden soll, ob das Gesetz verfassungsändernden Charakter hat. Man will darüber am Dienstag nachmittag zusammen mit den bisher bei den Etats zurückgestellten Abstimmungen entscheiden. Am Montag will der Reichstag den Etat des Reichsfinanzministeriums und den Entwurf über das Disziplinalgesetz beraten.

Sitzungsbericht.

(180. Sitzung.) OB. Berlin, 21. Juni.

Auf der Tagesordnung stehen die Amnestieanträge der Deutschnationalen und der Kommunisten. Der Ausschuß beantragte, das Amnestiegesetz vom Juli 1928 auch auf die politischen Stützungsdelikte auszudehnen, wenn die Tat vor dem 1. September 1924 begangen ist und wenn sie sich nicht gegen ein Mitglied oder früheres Mitglied der Reichsregierung gerichtet hat.

Abg. Leuthauser (D. Sp.) gibt für die Regierungsparteien mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei eine Erklärung ab, in der darauf hingewiesen wird, daß das Amnestiegesetz von 1928 Straffreiheit für alle politischen Delikte gewährte und lediglich die Verbrechen gegen das Leben ausgenommen hat. Dieses Gesetz sollte den Schluß bilden in der Reihe der Amnestiegesetze, die zweifellos nicht zur Stärkung des Rechtsbewußtseins und der Achtung vor dem Gesetz dienen. Mit diesem Gesetz sollte ein

Strich unter die Vergangenheit und die Nachkriegs- und Nachinflationszeit

gemacht werden. Inzwischen habe sich aber die Notwendigkeit für eine Ergänzung dieses Gesetzes ergeben. Die im Haag beschlossene Räumungsamnestie würde es als eine Ungerechtigkeit und Rechtsungleichheit erscheinen lassen, wenn nicht auch für die übrigen im besetzten Gebiet begangenen politischen Straftaten volle Straffreiheit gewährt würde, und wenn diese Vergünstigung nicht auch ausgedehnt würde auf politische Straftaten, die unter den gleichen Voraussetzungen außerhalb des besetzten Gebietes begangen sind.

Abg. Pöck (Komm.) verlangt eine allgemeine politische Amnestie, von der alle Personen ausgeschlossen sein sollen, die an Mordtaten oder Verschwörungen der Schwarzen Reichswehr und rechtsradikaler Organisationen beteiligt waren.

Abg. Bayersdorfer (Bayer. Sp.) gibt eine Erklärung ab, wonach seine Partei gegen Amnestien sei, die eine geordnete Rechtspflege untergraben und außerdem in die Zuständigkeit der Länder eingreifen. Sie verkenne aber nicht, daß der Tag der Rheinlandbefreiung für einen besonderen Gnadenakt geeignet sei.

Nachdem auf Grund internationaler Verträge die Separatisten und ihre Anhänger amnestiert werden mußten, sei es schwer erträglich, die heimtätigen Täter auszuschließen. Die überwiegende Mehrheit der Fraktion habe sich daher entschlossen, unter Zurückstellung aller Bedenken ausnahmsweise für die Vorlage zu stimmen.

Abg. Dr. Everling (Dn.) erklärt, die sogenannten Fememörder hätten einen Abwehrkampf gegen Verräter geführt und dem Vaterlande große Dienste geleistet. Die Amnestierung sei eine Forderung der Gerechtigkeit. Der Redner empfiehlt eine Entschließung, wonach in Erweiterung der Räumungsamnestie auch Steuer- und ähnliche Delikte im besetzten Gebiet amnestiert werden sollen.

Abg. Landsberg (Soz.) erklärte, die Sozialdemokraten hätten nichts gegen eine Milderung der Strafen für die im Ausschußantrag genannten Delikte; das müsse aber im Gnadenwege geschehen und nicht durch ein Gesetz, das auch die gerichtliche Verfolgung solcher Delikte ausschließe. Der wahre Grund für dieses Gesetz sei das Bedürfnis des Ministers Treviranus, konservative Kreise für die Regierung zu gewinnen. Mitglieder derselben Parteien, die die Einrichtung in Stuttgart für notwendig hielten, wollten hier die Fememörder von jeder Schuld ledig sprechen.

Reichsjustizminister Dr. Brüning

wies darauf hin, daß es sich um Verbrechen handele, die unter ganz außergewöhnlichen Umständen begangen worden sind. Der Stuttgarter Fall sei mit den Femetaten nicht zu vergleichen. Dort handele es sich um einen Mann, der aus vermögensrechtlichen Gründen mit voller Ruhe und Überlegung seinen eigenen Vater erschossen habe. Von der Amnestie würden in erster Linie Delikte betroffen, die lediglich in Verteidigung der deutschen Stellung am Rhein begangen wurden. Erst in zweiter Linie kämen die Fälle der sogenannten Fememörder. Die Reichsregierung sei mit dem Gesetzentwurf einverstanden.

Abg. Dr. Schetter-Röhl (Ztr.) erkennt an, daß durch die Amnestie manche Fememörder begnadigt würden, die mit ganz besonderer Roheit vorgegangen sind. Diese wenigen Fälle müsse man in Kauf nehmen mit Rücksicht auf die viel größere Zahl der Fälle, in denen es sich um den Kampf gegen Separatisten und Vaterlandsverräter gehandelt habe.

Abg. Dr. Everling (Dn.) erwiderte auf einige vom Abg. Landsberg verlesene Urteile gegen Femetäter, daß die Kammer des Landgerichtsdirektors Siegert, der man gewiß nicht mangelnde Schärfe nachsagen könne, diesen Männern gleichzeitig begnügt habe, daß sie in gutem Glauben an eine vaterländische Sache gehandelt hätten.

Damit schloß die Aussprache. Die Abstimmungen wurden auf Dienstag vertagt.

Der Reichstag vertagte sich darauf auf Montag 12 Uhr, um unter anderem den Haushalt des Reichsfinanzministeriums zu beraten.

Die Nachfolgerschaft Moldenhauers

Höpfer-Aschoff bei Brüning.

Um die Besetzung des Reichsfinanzministeriums.

Reichsminister Brüning empfing am Sonnabend den preussischen Finanzminister Dr. Höpfer-Aschoff. Die Unterredung war nach zwei Stunden beendet. Dem Vernehmen nach sind die Besprechungen ohne Ergebnis geblieben. Der Reichsminister hat, wie weiter mitgeteilt wird, in der Unterredung dem preussischen Finanzminister ein Angebot auf Übernahme des Reichsfinanzministeriums nicht gemacht. Die Unterredung hat sich vielmehr darauf beschränkt, die sachliche Frage der Umgestaltung der Reichsfinanzpolitik zu klären. Der Reichsminister wird nunmehr die mit der Frage der Neubestellung des Reichsfinanzministeriums zusammenhängenden Probleme dem Reichskabinett vortragen.

Verabschiedung Dr. Moldenhauers.

In einer vor Beginn der Länderkonferenz zu diesem Zweck anberaumten Kabinettsitzung widmete der Reichsminister dem scheidenden Reichsfinanzminister Professor Dr. Moldenhauer herzliche Worte des Abschieds, in denen er sein gesamtes Wirken eingehend würdigte. Dr. Moldenhauer verabschiedete sich alsdann mit aufrichtigem Dank von dem Reichsminister und den Mitgliedern der Reichsregierung.

Mandatsniederlegung des Abgeordneten Moldenhauer?

Der bisherige Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer beabsichtigt, wie die „Wanderhalle“ erfährt, in absehbarer Zeit sein Reichstagsmandat niederzulegen. Dr. Moldenhauer wird, wie erklärt wird, bis zur Sommerpause sein Mandat noch ausüben, um den kommenden schwierigen Entscheidungen auf politischem Gebiet nicht aus dem Wege zu gehen, dann aber aller Voraussicht nach auf eine weitere parlamentarische Tätigkeit verzichten.

Die Länderkonferenz tagt.

Am Sonnabend trat der Hauptausschuß der Länderkonferenz in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Brüning zu seiner ersten Sitzung zusammen. Den Gegenstand der Beratungen bildeten Beschlüsse des zweiten Unterausschusses über Zuständigkeitsfragen und Organisation. Insbesondere wurde Bericht erstattet über das Gemeinschaftsreferat von Koch-Weser, Dr. Brecht, Kemmle und Dr. Horion über die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Reich und Ländern.

Höpfer-Aschoff wird ablehnen.

Abbruch der Vortragsreise.

Der preussische Finanzminister Höpfer-Aschoff erklärte auf einer öffentlichen Versammlung der Demokratischen Partei, er werde, dem Wunsch des Reichsministers entsprechend, seine Vortragsreise abbrechen und nach Berlin zurückkehren. Er könne indessen schon jetzt versichern, daß er nicht daran denke, das Amt des Reichsfinanzministers anzunehmen, da er nicht daran glaube, in diesem Kabinett fruchtbare Arbeit leisten zu können.

Zentrum hinter Brüning.

Sitzung der Zentrumsfraktion.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages nahm am Freitagabend einen Bericht des Reichsministers Dr. Brüning über die politische Lage entgegen. Der Reichsminister beschäftigte sich in seinen Ausführungen in der Hauptsache mit den Gründen, die die Regierung zur Einbringung ihrer Deckungsvorlage veranlaßt haben. Er ließ seinen Zweifel daran, daß die Regierung zwar in der Form mit sich reden lassen, daß sie aber in der Sache unbedingt auf ihrem Standpunkt beharren werde. Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion stellte fest, daß die Zentrumsfraktion des Reichstages geschlossen hinter dem Reichsminister Brüning und der Reichsregierung stehe.

Zwei grüne Banner.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Schlagwörter sind höchst gefährlich. Ihr ursprünglicher Sinn ist gewöhnlich ein ganz anderer als der Begriff, den die Menge, die sich des Schlagwortes bedient, mit ihm verbindet. Der eine versteht dies darunter, der andere das, und wenn beide so um ein Schlagwort diskutieren, mit dem jeder etwas anderes meint, so kann eine Einigung äußerlich nicht zustande kommen, trotzdem beide Parteien vielleicht in Wirklichkeit gar nicht uneins sind. Ein solches viel mißbrauchtes und doppelstimmiges Schlagwort ist „die deutsche Landwirtschaft“. Hinter dieser nominellen Einheit stehen tatsächlich zwei verschiedene landwirtschaftliche Welten. Ihre Struktur und ihre Entwicklungstendenz weisen grundlegende Unterschiede auf.

Der Großbetrieb, der modern geleitete Betrieb, bei dem die Errungenschaften der neuzeitlichen Landwirtschaft und alle produktionsfördernden Maßnahmen in Anwendung kommen, ist die eine dieser Welten. Sie zeigt einen starken Kunstdüngerverbrauch, hohen züchterischen Stand des Pflanzenbaues und der Tierhaltung und erheblichen Zulauf von Kraftfuttermitteln. Diese Betriebe hatten größtenteils bereits vor dem Kriege technisch und wirtschaftlich alle Möglichkeiten der Produktionssteigerung nahezu ausgeschöpft und waren meistens auch sehr eng in die Marktzusammenhänge verflochten, d. h., sie pflügten den größten Teil ihrer Erzeugnisse auf den Märkten der Städte zu verkaufen und andererseits in weitgehendem Umfang ihre Produktionsmittel in Gestalt von Kunstdünger und Futtermitteln, fremdem Saatgut und fremdem Zuchtvieh hinzuzukaufen.

Eine andere Welt aber bilden die meist kleinen und mittelbäuerlichen Betriebe, in denen vor dem Kriege die Verwendung von Kunstdünger nahezu unbekannt oder recht wenig verbreitet war, die nicht hochgezüchtetes, sondern vom Vater auf den Sohn vererbtes landesübliches Saatgut verwenden und die sich auch in der Tierhaltung und in der Fütterung noch ganz im hergebrachten Rahmen bewegen. Diese Betriebe haben nun noch die Möglichkeit einer weitgehenden Rationalisierung und Intensivierung. Sie beschäftigen kaum fremde Arbeitskräfte, den größten Teil ihrer Erzeugnisse verbrauchen sie selbst und sind auf den Zulauf von Produktionsmitteln, insbesondere von Kunstdünger, Saatgut und Futtermitteln, nur in sehr geringem Maße angewiesen. Sie sind daher auch in die Marktzusammenhänge nicht sehr eng verflochten.

Bei der Behandlung landwirtschaftlicher Fragen wird man gut tun, daran zu denken, daß das, was der einen Welt recht ist, der anderen deswegen nicht schon billig zu sein braucht. Gewiß sind sie auf vielen Gebieten durch eine Interessengemeinschaft verbunden, aber daneben bestehen auch ungleiche, ja sogar entgegengesetzte Interessen. So wird sich die Landarbeiterfrage anders bei den Großbetrieben auswirken als in der bäuerlichen Wirtschaft, und ähnlich muß daher auch die Roggenpreis- oder die Futtermittelfrage von zwei verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Kriegs- und Nachkriegszeit mit ihren krisenhaften Zuständen haben auf beide Arten von Betrieben ganz verschieden eingewirkt und bei der Beurteilung der Maßnahmen zur Steuerung der Agrarnot wird man nicht aus den Augen verlieren dürfen, daß es eigentlich nicht eine deutsche Landwirtschaft gibt, sondern zwei. Viele Mißverständnisse werden durch diese Auseinanderhaltung vermieden werden und das Bild von den Notwendigkeiten und Wünschbarkeiten wird dann klarer herausgearbeitet werden. Man darf allerdings daraus nicht gleich einen Interessengegensatz konstruieren wollen, weil die Interessen andere sind. Sie müssen aber, soweit sie andere sind, eine gesonderte Betrachtung und Behandlung erfahren. Es gibt nicht ein grünes Banner, um das sich das Landvolk scharen soll, sondern zwei Standarten, die aber nicht gegeneinander zu ziehen, sondern gemeinsam, wenn auch gesondert, ihre Interessen vertreten und ihre Bedrohungen abwehren sollen.

Dr. S.

Deutschland und das Briand-Memorandum

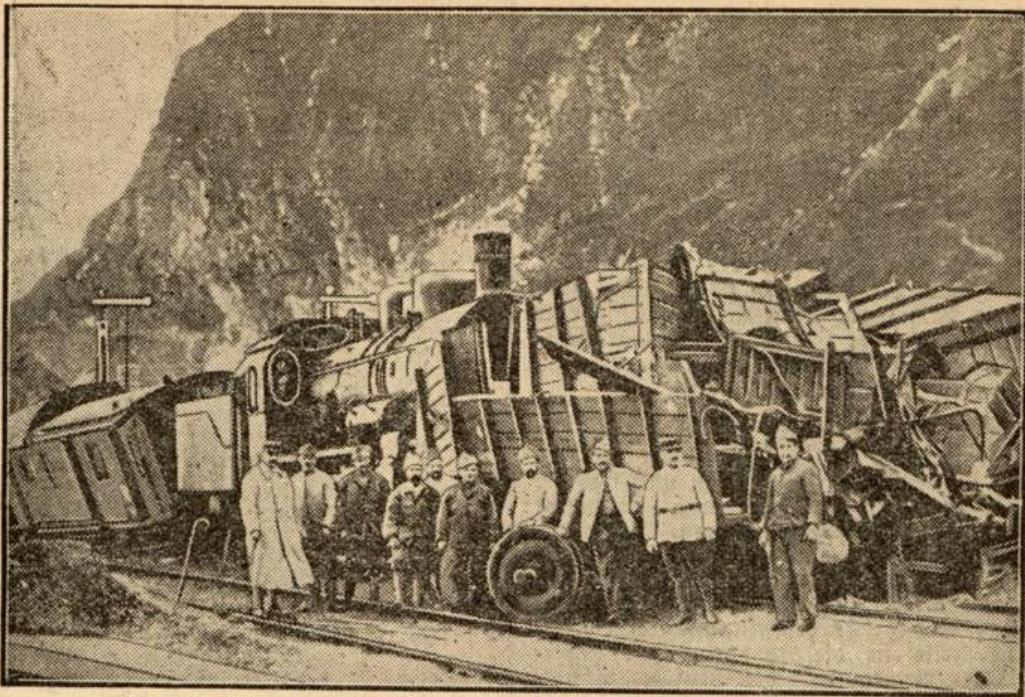
Eine Unterredung mit dem Reichskanzler.

Der „Matin“ veröffentlicht ein längeres Interview seines Berliner Sonderkorrespondenten mit dem Reichskanzler Brüning über das Briand'sche Europamemorandum. Es heißt darin:

Das Memorandum wird von Deutschland in der gewünschten Frist, d. h. bis zum 15. Juli, beantwortet werden. Die deutsche Antwort wird nicht nur auf eine Erwiderung auf die von Frankreich formulierte Einladung beschränkt sein, sondern gleichzeitig in großen Zügen eine Darstellung der deutschen Ziele, sowohl was die wirtschaftliche wie die politische Bedeutung der von Briand entwickelten Ansichten anbelangt, geben.

„Ich kann Ihnen sagen, daß sie (die Regierung) diese Angelegenheit als sehr wichtig betrachtet. Wir haben bereits begonnen, in unserem Ministerium das Memorandum in seinen Einzelheiten zu studieren. Wir erwarten es für notwendig, daß das Reich zu jedem der Kapitel Stellung nimmt und sogar reiflich überlegte Vorschläge, die auf gesunden Überlegungen unserer nationalen Bedürfnisse und der Lage in der Welt begründet sein sollen, macht. Wir wollen uns keineswegs mit der Rolle des reinen Zuschauers oder Kritikers begnügen. Wir sind der Ansicht, daß die Tragweite des Memorandums von zu großer Bedeutung ist, als daß es nur zu rednerischen Wirkungen führen könnte. Es bedeutet eine Arbeit auf lange Sicht, in der Deutschland und Frankreich eine führende Rolle zu spielen haben.“

Reichskanzler Brüning kommt sodann auf die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten des Reiches zu sprechen und schließt seine Erklärungen mit den Worten: „Ich bin überzeugt, daß es durch den Gedankenaustausch mit den Nachbarstaaten und insbesondere mit Frankreich möglich sein wird, neue Wege zu gehen, um den großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten entgegenzutreten, die sich übrigens in der ganzen Welt fühlbar machen. Es ist aber unerlässlich, daß Deutschland nicht in eine Organisation eintritt, deren Wirkung es sein soll, die Fesseln, die Deutschland durch die „Verträge“ auferlegt wurden, noch weiter zu erschweren. Der Gedankenaustausch zwischen Deutschland und Frankreich wird eine glückliche Einleitung zu den europäischen Verhandlungen sein, und deswegen wünsche ich lebhaft, daß die Erledigung der noch offenen Nachkriegszeitfragen und besonders die der Saar mit größtem Nachdruck betrieben wird.“



Ein Rückblick auf die überstandene Leidenszeit des Rheinlandes.

Die beschlagnahmten deutschen Eisenbahnen wurden von französischen Eisenbahnern in Grund und Boden gefahren: eins der zahlreichen Eisenbahnunglücke (bei Königsbach im Regierungsbezirk Koblenz), die auf das Schuldkonto französischer Unfähigkeit und Leichtfertigkeit kamen.

Die englischen Absichten in Ostafrika.

Die in dem soeben veröffentlichten Weißbuch der englischen Regierung dargelegten Pläne für einen Zusammenschluß des Tanganjika-Gebietes mit den angrenzenden englischen Kolonien unter einem Oberkommissar stehen im Widerspruch zu den Vorschriften der Völkerbundsatzung über das Mandatensystem. Nach Artikel 22 steht der Mandatararmat lediglich die Vormundschaft über die das Mandatsgebiet bewohnenden Völker zu. Die Möglichkeit eines Zusammenschlusses ist für das ostafrikanische Mandatsgebiet nicht gegeben, da nach der Völkerbundsatzung dieses Mandatsgebiet ein Einheit für sich zu bilden hat. Das für Ostafrika erlassene Mandatsstatut sieht zwar eine Zoll-, Finanz- oder Verwaltungsunion vor, widerspricht jedoch den Vorschriften der Völkerbundsatzung. Im übrigen stellt die vorgesehene Zusammenschließung unter einem Oberkommissar eine auch über dieses Mandatsstatut hinausgehende Maßnahme dar. Bei den Verhandlungen des Völkerbundesrates im September vorigen Jahres hat der verstorbene Reichsaußenminister Dr. Stresemann Einspruch gegen die Pläne der Vereinigung des ostafrikanischen Mandatsgebietes mit den angrenzenden englischen Kolonien erhoben. Damals hat der englische Außenminister Henderson zugesagt, daß vor der Entscheidung der englischen Regierung über den Hilten-Young-Bericht die Angelegenheit dem ständigen Mandatsausschuß in Genf zur Prüfung vorgelegt werden würde. Hiermit steht die aus London gemeldete Maßnahme der englischen Regierung im Widerspruch. Von deutscher Seite wird dagegen energig Protest zu erheben sein.

Ein Held der Cafétterasse.

Ein Zwischenfall im Kriegsgräbergebiet. Ein Reserveleutnant der Pioniertruppe, der gegenwärtig zu einer Übung in Arras weilt, verlangte von dem Chauffeur eines Autos, in dem sich deutsche Touristen befanden, die die deutschen Friedhöfe besuchten, die Entfernung zweier auf dem Auto angebrachter Wimpel, von denen der eine in den französischen, der andere in den französischen Farben gehalten war. Auf die Weigerung des Chauffeurs riß der Offizier die beiden Wimpel vom Auto ab und zerriß sie. Der Bürgermeister hat sich sofort bei den deutschen Touristen wegen des Zwischenfalles entschuldigt. Die Militärbehörde hat den betreffenden Offizier in Arrest genommen. Zu dem Zwischenfall schreibt u. a. die französische Zeitung „Republique“: Es gibt in Frankreich einen Kriegsminister. Wir hoffen deshalb, daß dieser Held einer Cafétterasse zurechtgewiesen wird. Der Bürgermeister von Arras hat sich entschuldigt, aber wer wird die Entschuldigung des französischen Heeres aussprechen?

Schwerer Unfall des früheren Generals von Wildenbruch.

Ein Unfall des Prinzen Louis Ferdinand von Preußen. In Berlin wurde der 84jährige Generalleutnant a. D. Ludwig von Wildenbruch von einer Straßenbahn überfahren und lebensgefährlich verletzt.

Der Vater des Generalleutnants war einst preußischer Gesandter in Athen und in Konstantinopel. Er war ein Sohn des bei Saalfeld gefallenen Prinzen Louis Ferdinand von Preußen aus dessen Verhältnis mit Henriette Fromm. Die tiefen Beziehungen entpflanzten Kinder erhielten den Namen „von Wildenbruch“. Der Bruder des schwerverletzten Generalleutnants war der Dichter Ernst von Wildenbruch. Als Nachkomme des Prinzen Louis Ferdinand ist der General der einzige noch lebende Urohn des Friedrichs des Großen.

Die Ziele des deutschen Landvolkes.

Vertreterversammlung des Reichslandbundes.

Auf der diesjährigen ordentlichen Vertreterversammlung des Reichslandbundes in Königsberg führte Präsident Bethge in seiner Eröffnungsrede u. a. aus, der Reichslandbund habe seinen Vertretertag nach dem äußersten Osten gelegt, um die Aufmerksamkeit aller Regierungs- und Bevölkerungskreise erneut auf den

ungeheuren Ernst der Lage der Landwirtschaft

zu lenken, die gerade hier im Osten eine Zerrüttung des gesamten Wirtschaftslebens herbeigeführt habe. An dieser Lage änderten die Mischläge der Industrie oder des Großhandels nichts. Der Vorsitzende des Landwirtschaftsverbandes Ostpreußen, Gütschewitz Ströw, wies dann darauf hin, daß Ostpreußen in den letzten drei Jahren mehr als dieselbe Summe, wie sie durch die Ostpreußenhilfe in die Provinz hineingeflossen sei, an Steuern, Lasten und Abgaben abgeführt habe. Lastenfürungen für alle Betriebe lämen der Gesamtheit auf jeden Fall in gerechterer und gleichmäßigerer Art zugute als der Versuch, individuelle Hilfe zu bringen. Reichslandbundspräsident Sepp betonte in seiner Rede,

die Entwicklung der agrarischen Weltmärkte

gebe zu besonderen Besorgnissen Veranlassung. Darum seien neue Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten der Agrarpolitik zu fordern, um das Unheil von der neuen Ernte abzuwehren und für die übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse einen auskömmlichen Preis zu sichern. Zum Kernpunkt jeder Agrarpolitik in Deutschland gehörten der Zoll und eine entsprechende Handelspolitik. Jede Abmachung sei abzulehnen, die in internationalen Verträgen Deutschland die volle Freiheit in zoll- und handelspolitischen Fragen zu nehmen lasse. Die sofortige Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages oder die sofortige Lösung der darin enthaltenen, für das deutsche Mollereiwesen untragbaren Bindungen sei zu verlangen. Die Handelsvertragsverhandlungen mit Italien müßten zu einer Lösung der vorhandenen Zollbindung führen, um den Erzeugnissen des Obst-, Garten-, Kartoffel- und Weinbaues und der Geflügelhaltung über eine Verstärkung des zollpolitischen Schutzes zu erhöhter Rente zu verhelfen. Bezüglich innenwirtschaftlicher Maßnahmen sei im besonderen

die endliche Verabschiedung eines Brotgesetzes zu verlangen,

in dem in Verbindung mit dem Vornahrungszwang ein verstärkter Roggenverbrauch garantiert werde. Weiter seien die Verlängerung des Vornahrungsgesetzes für Inlandsweizen wie die beschleunigte Verabschiedung des Reichsmilchgesetzes und die Erledigung des Weingesetzes

dringend erforderlich. Die Unrentabilität der Landwirtschaft müsse daneben von der kreditpolitischen Seite angepaßt werden. Hier müsse vor allem der Weg der Umschulung unter Einbeziehung der Umwandlung der zweiten Rate der Golddiskontbankkredite in langfristige Schulden weiterbeschritten werden. Die heute noch geltenden hohen Zinssätze der Kreditinstitute seien in Anbetracht des gesunkenen Reichsbankdiskontsatzes nicht mehr zu rechtfertigen. Die Reichsregierung müsse diese unerhörten Zustände beschleunigt beseitigen. Die Voraussetzung für den Erfolg der jetzt geplanten Osthilfe sei grundsätzlich die Herstellung der Rentabilität in der Landwirtschaft. Die jetzt zur Verfügung zu stellenden Millionen würden ebenso wie die Ostpreußen bereits gegebenen Millionen verloren sein, wenn man vergesse, gleichzeitig für allgemeine Lastenfürung zu sorgen. Den in der Regierungsvorlage zum Ausbruch kommenden Absichten, den Haushaltsdefizitbetrag mit irgendwie gearteten neuen Steuern zu beseitigen, müsse mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Was die Regierung hier beabsichtige, sei eine ausgeprägte Finanzstümperei. Die Forderung laute: Nicht Steueranbau, sondern Ausgabenabbau und damit Lastenfürung.

Telegrammwechsel Hindenburg-Reichslandbund.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes, der anlässlich der Vertreterversammlung in Königsberg tagte, sandte nachstehendes Telegramm an den Reichspräsidenten von Hindenburg:

„Die in der bedrohten Ostmark versammelten Führer des Reichslandbundes entbieten ehrfurchtsvolle Grüße. Mit dem Dank für die richtungsweisende Vorklage vom 18. März verbinden sie Hoffnung, daß die gewiesenen Rettungswege, wenn tatkräftig, uneingeschränkt und energig beschritten, zum endlichen Erfolge führen werden. Präsidium des Reichslandbundes.“

Reichspräsident von Hindenburg hat dem Reichslandbund auf das Begrüßungstelegramm folgende Antwort zugehen lassen: „Vielen Dank für die freundlichen Grüße, die ich mit den besten Wünschen für Ihre Tagung erwidere. Gemeinsame tatkräftige Arbeit muß dazu führen, der Notlage, die den deutschen Osten so schwer bedrängt, Herr zu werden.“

Folterungen einer deutschen Schriftstellerin

Schwere Anklagen gegen die Belgrader Polizei.

Die deutsche Schriftstellerin Fjolde Reiter, die in Jugoslawien verhaftet worden war und jetzt aus der Haft entlassen worden ist, hat gegen mehrere Belgrader Polizeioffiziere und Polizeiagenten beim jugoslawischen Ministerpräsidenten Jivkovitsch Strafanzeige erstattet. Sie behauptet, daß sie während der Zeit ihrer Inhaftierung schweren Mißhandlungen ausgesetzt gewesen sei.

In der Anzeige führt sie an, daß sie auf Befehl des Polizeiagenten Aratjow an Händen und Füßen gefesselt wurde, worauf sie der Detektiv zu Boden geworfen und ihre Arme über die Knie gezogen habe. Unter den Knien über den Armen habe er einen eisernen Stab durchgesteckt, so daß sie sich nicht mehr bewegen konnte. Im Beisein des Polizeisekretärs Ortischlow habe er sodann ihre entblößten Füße mit einem spanischen Rohr bearbeitet. Diese Tortur habe am 15. Mai von neun Uhr abends mit einigen Unterbrechungen bis Mitternacht gedauert. Da sie furchtbar geteimt und geschrien habe, so daß sie im ganzen Hause gehört worden sei, habe man ihr einen Knebel in den Mund gesteckt und ihren Kopf in eine dicke Decke gewickelt. Als sie am Mitternacht von ihren Fesseln befreit worden sei, habe sie befißt geblutet, und weder gehen noch stehen können. Man habe sie in ihre Zelle tragen und ihr ärztliche Hilfe angedeihen lassen müssen. Infolge der furchtbaren Qualen habe sie alle Fragen der Polizei bejaht. Als man sie aus der polizeilichen Haft nach vier Wochen entlassen habe, habe man sie gezwungen, ein Protokoll zu unterschreiben, in dem sie bestätigte, daß sie nicht mißhandelt worden sei.

Flammen geworden. Die Ortsfeuerwehr und die Wehren der benachbarten polnischen Städte blieben den Flammen gegenüber machtlos, so daß die Feuerwehren aus Neudenburg und anderen in der Nähe gelegenen deutschen Orten zu Hilfe gerufen werden mußten. Den vereinten Bemühungen gelang es dann endlich, dem entfesselten Element Einhalt zu gebieten. 24 Wohnhäuser, 64 Scheunen und 37 Ställe sind vollständig niedergebrannt. Zahlreiches Kleinvieh ist ums Leben gekommen. Polnischerseits wird erklärt, daß ohne das tatkräftige Eingreifen der deutschen Feuerwehren die ganze Stadt ein Opfer der Flammen geworden wäre.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Kierspe, den 23. Juni 1930.

Johannisfest.

Johannes dem Täufer, der einst in der Wüste Juda als Bussprediger und Verkünder des nahen Anbruchs des Messiasreiches auftrat und der dann auf Befehl des Herodes Antipas enthauptet wurde, ist in der christlichen Kirche der 24. Juni als Festtag geweiht. Das Johannisfest wird jedoch in den meisten Ländern nicht mehr kirchlich gefeiert. Um so größere Bedeutung hat es im Volksleben, und viele Bräuche, die sich seit alter Zeit an den Johannistag knüpfen, greifen zum Teil auch heute noch in unser Leben hinein. Man braucht da nur auf das Johannisfeuer, das auf den Bergen angezündet wird, hinzuweisen. Ein wichtiger Tag ist der Johannistag für die Freimaurer: sie pflegen an diesem Tage ihr höchstes Jahresfest zu begehen, weil Johannes in England früher als Schutzpatron der Bauleute galt. Nach altem Freimaurerbrauch werden an diesem „Hochmittag des Jahres“ — wie der Johannistag genannt wird — die Bäume mit Rosen befränzt. Als Festtag, d. h. als ein Tag, der das Wetter der nachfolgenden Zeit mitbestimmen hilft, hat der Johannistag insofern Bedeutung, als er keinen Regen bringen soll, weil der Johannisregen dem Gedeihen der Rüsse und des Weines schadet. Für Spargelliebhaber aber gilt er als letzter Erntetag, da man, um die Pflanzungen nicht zu schädigen, nach Johannis keinen Spargel mehr stechen soll. Ein Zeichen für eine gute Obsterte ist es, wenn am Johannistag die Apfelbäume schon kleine Äpfelchen tragen. Wer gewisse Wünsche in Erfüllung gehen sehen möchte, sollte am Johannistag Erbsen und gebadene Holunderblüten essen; spielt doch kaum eine andere Pflanze im Wunderglauben des Volkes eine so wichtige Rolle wie der Holunder. Man kann aber auch Krapfen (Pfannkuchen) mit allerhand grünem Kräutern, darunter sogar Brennesseln, für den Johannistag backen, aber man muß sie unter streng eingehaltenem Stillschweigen verspeisen, sonst gehen die Wünsche, die man sich dabei denkt, nicht in Erfüllung. Im übrigen ist in der katholischen Kirche dem Gedächtnis des Täufers Johannes auch noch der 29. August geweiht.

* **Siedlung in Mecklenburg und Westpreußen.** Verschiedene Mitglieder des westdeutschen Siedlerverbandes, hauptsächlich Kleinlandwirte, die sich nach einer günstigen Siedlungsmöglichkeit auf 40—80 Morgenstellen umsehen möchten, vereinigen sich für den 1. Juli in 3 Gruppen zu gemeinschaftlichen Gruppenbesichtigungsfahrten zu verschiedenen Siedlungsgebieten und zwar zu einer Fahrt nach Westpreußen und zu einer Fahrt nach Brandenburg und Mecklenburg. Wer sich an diesen Fahrten unter Verbilligung der Reisekosten noch beteiligen möchte, erfährt näheres über Dauer und Ziel der Fahrt von der Beratungsstelle des Westdeutschen Siedlerverbandes, Münster i. W., Legionsstraße bezw. vom Vorsitzenden Landwirt August Grothues, Haxibach, Bez. Münster.

* **Der uns vorliegende Jahresbericht des Vereins „Deutsches Feld-Ehren-Zeichen e. V.“**, Hamburg, zeigt wieder eine Zunahme der Trägerzahl, die nunmehr die stattliche Anzahl von 31 700 Kameraden überschritten hat. Diese Kameraden sind ausschließlich Frontkämpfer, denen auf ihren Antrag hin das Besijzeugnis für das „Deutsche Feld-Ehren-Zeichen“ kostenlos ausgestellt wurde. Der Anschluß an diese Bewegung ist mit keinerlei Unkosten verbunden. Näheres ist zu erfahren bei der Hauptverwaltungsstelle des Vereins „Deutsches Feld-Ehren-Zeichen e. V.“, Hamburg 11, Herrengraben 11-14, oder dem ehrenamtlichen Leiter der Arbeitsgemeinschaft Westfalen: Kam. Heinrich Fehltler, Paderborn i. W., Tegelhweg 51.

Halver

— **Der erste Firmestag ist vorüber.** Das herrliche Sommerwetter hatte von Nah und Fern eine große Zahl Besucher herbeigeführt. In den späten Nachmittagsstunden bewegte sich fortwährend ein großer Menschenstrom durch die Feststraßen. Allenthalben priesen die Verkaufsbuden ihre Waren oder die Schausteller etc. luden die Passanten zur Besichtigung ihrer Vergnügungsfstätten ein. Den Hauptanziehungspunkt bildete die Vergnügungsfstätte der Elektro-Selbstfahrer und das Teufelsrad. In den Gaststätten herrschte ob des heißen Wetters ebenfalls großer Betrieb. Hoffentlich haben die Geschäfte zufrieden Einnahmen erzielt. Heute ist der zweite Tag und alsbald sind die Tage verflogen und der Ernst des Tages fordert wieder seine Rechte.

— **Der gestrige Sonntag hatte in kirchlicher Hinsicht für die hiesige Gemeinde eine dreifache Bedeutung.** Der westfälische Hauptverein der Gustav-Adolf-Stiftung hielt seine diesjährige, die 86. Hauptversammlung in Lüdenscheld. Aus diesem Anlaß fanden in allen evangelischen Gemeinden des Kirchenkreises Festgottesdienste statt. Es war das vierte Mal, das der Verein mit seiner Versammlung in Lüdenscheld einkehrte, 1857, 1882, 1903 und 1930. Weiter war der Tag dem 400-Jahrgedenken der Augsburger Konfession gewidmet, aus welchem Anlaß die Kirchenfabrik vom Kirchturm wehte und mittags von 12—1 Uhr Festgeläute vom Kirchturm ertönte. Endlich war der Gottesdienst der Eröffnung der Arbeiterfreizeit gewidmet, deren Teilnehmer gestern Abend hier eingetroffen waren, und von denen 18 aus der Gemeinde des Festpredigers, Pfarrer Rauch aus Buer-Erle, kamen. Die Freizeitler nahmen an dem Festgottesdienste teil. Zu demselben war der Altar mit Grün und blühenden Pflanzen sinnig geschmückt. Der Posaunenchor und der Kirchenchor gaben demselben durch passende Einlagen eine größere Weihe. Pfarrer Rauch legte seiner Festpredigt das Bibelwort zu Grunde Colosser 2, 6 u. 7: „Wie ihr nun angenommen habt den Herrn Jesus Christus, so wandelt in ihm und seid gewurzelt und erbaute in ihm und seid fest im Glauben, wie ihr gelehrt seid.“ In dem sich anschließenden Kindergottesdienste, den ebenfalls Pfarrer Rauch hielt, legte er den Kindern im Anschluß an das Bibelwort Römer 12, 13: „Nehmet euch der Heiligen Notdurft an“ das Werk des Gustav-Adolfvereins den Kindern warm ans Herz.

— **Das Presbyterium ladet in unserer heutigen Anzeige zu einem Vortrage von Herrn Pastor Müller-Schwefe, dem Leiter der hiesigen Freizeit, ein.** Das Thema ist: „Das Christentum im Kampf!“ Der Vortrag wird am morgigen Abend um 8 Uhr in der Kirche statt-

finden. Die ganze Gemeinde wird dazu herzlich eingeladen.

— **Der Fabrikant Albert Pielhau** hiersebst, Frankfurterstraße, vollendet morgen, Dienstag, den 24. Juni sein 81. Lebensjahr. Er erfreut sich noch einer völligen körperlichen Mäßigkeit und einer eben solchen geistigen Frische. Wir entbieten ihm zu dem hohen Geburtstage unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

Schalksmühle

— **Zwei Verkehrsunfälle** ereigneten sich am Sonntagabend hier im Ort. Gegen 6 Uhr nachmittags fuhr ein die Halberstraße heraufkommendes Personenauto in der Nähe des Schneiderischen Schlachthaus die Böschung hinab. Vermutlich infolge Verjagens der Bremse. Die beiden Insassen, wovon eine Person nur leicht verletzt war, konnte ihre Fahrt mit der Eisenbahn fortsetzen, während das Auto abgeschleppt werden mußte. Kurz nach 9 Uhr stieß ein Motorradfahrer, der die Halberstraße herunter kam gegen ein hiesiges Auto. Motorradfahrer und Soziusfahrer erlitten Bein- und Armbverletzungen. Auch das Motorrad und das Auto wurde leicht beschädigt. Wen die Schuld trifft, konnte nicht einwandfrei festgestellt werden.

Kierspe

— **Günstiger Fortgang der Heu-Ernte.** Die diesjährige Heuernte hat unter einem selten günstigen Stern gestanden. Nach den Pfingstfeiertagen wurde allgemein mit dem Mähen des Graßes begonnen. Während dieser 14 Tage haben die Ernte-Arbeiten infolge des heißen Wetters einen Fortgang genommen, wie man es nur selten antrifft. Der größte Teil des Heus kann schon als geborgen angesehen werden, trotzdem es noch verhältnismäßig früh an der Zeit ist.

— **Blitzschäden.** Wie erst jetzt bekannt, hat das am vergangenen Montag hier niedergegangene Gewitter in der Gegend von Neuenhaus schwere Schäden verursacht. In Romberg ist durch einen Blitzschlag ein Pferd getötet worden. Das Tier hat dann noch einige Tage gelebt, und ist nunmehr eingegangen. In Holt schlug der Blitz in die Telefonleitung, und hat dieselbe vollständig zerstört. Der Blitz sprang dann zum Stall über, wo man die Kuh ohne die beiden Hörner vorfand. Offenbar ist das Tier durch den Einschlag des Blitzes derart erschreckt worden, daß hierbei die Hörner ausgerissen worden sind.

— **Einbruch.** In Neuenhausen wurde am Samstag nachmittag bei hellichtem Tage ein Einbruch verübt. Während die Familie Funke in der Wiese mit Heu-Arbeiten beschäftigt war, hatte ein vorbeikommender Radfahrer den Einfall bekommen, ins Haus zu gehen und Kleidungsstücke zu entwenden. Er suchte alsdann auf seinem Rade sofort das Weite. Die sofort aufgenommene Verfolgung blieb bisher leider erfolglos.

— **Sitzung der Kirchenvertretung.** Am Samstag nachmittag fand in der Kirche eine Sitzung der Repräsentation unter dem Vorsitz von Pfarrer Eggerling statt. Im Vordergrund der Tagesordnung stand die Besprechung des Kirchenbaues in Kierspe-Bhf. Der Vorsitzende verlas zunächst ein Schreiben des Konsistoriums über die vom Oberkirchenrat bezw. vom Konsistorium zu erwartenden Zuschüsse. Sodann trat man in eine Prüfung der von den Interessenten von Kierspe-Bhf. aufzubringenden Beträge ein. Da ein Teil des Geldes bereits bei der Sparkasse eingezahlt ist, während für den Rest einwandfreie Verpflichtungsscheine vorliegen, so glaubt die Vertretung sich nunmehr der Genehmigung zur Ausführung des Baues nicht mehr verschließen zu können. Seitens der Kirche wird eine Anleihe von RM. 40 000 aufgenommen, außerdem werden aus laufenden Mitteln RM. 10 000 bereit gestellt, da in den letztjährigen Etats bereits ein entsprechender Betrag vorgesehen war. Aus Zuschüssen bezw. freiwilligen Beiträgen der Bewohner von Kierspe-Bhf. wird mit einem Betrage von 37 750 RM. gerechnet. Mit diesen Summen ist eine Finanzierung des Baues möglich. Eine Erhöhung der Steuer kommt nicht in Frage. Die Vertretung beschloß die Aufnahme einer Anleihe von 50 000 RM. Für den Zwischenkredit müssen bei der jetzigen Lage des Geldmarktes 8% Zinsen pro Jahr und ein Zehntel Proz. Provision pro Quartal bezahlt werden. Die endgültige Anleihe kostet 1% über Reichsbankdiskont, mindestens 6%. Die Pläne über die Ausführung des Baues sind der vorgesetzten Behörde zur Genehmigung eingereicht worden. Die Vergabe der Arbeiten konnte noch nicht erfolgen. In einer der nächsten Sitzungen wird man hierzu Stellung nehmen. Die weitere Tagesordnung umfaßte die Instandsetzung der kirchlichen Gebäude (Pastorat, Lehrhaus und Gemeindehaus.) Die erforderlichen Arbeiten sollen vergeben werden.

— **Generalversammlung des Gemeinnützigen Bauvereins.** Im Hotel Plate fand am Samstag nachmittag die Generalversammlung des Gemeinnützigen Bauvereins statt. Da der Vorsitzende und der stellvertr. Vorsitzende des Aufsichtsrats zunächst noch durch eine andere Sitzung in Anspruch genommen waren, so wurde die Versammlung durch das älteste Mitglied Herrn Gemeindevorsteher Heufelbach eröffnet, worauf man den Vorsitzenden des Vorstandes, Herrn Heinrich Plate zum Leiter der Versammlung bestimmte. Der Geschäftsführer, Herr Heinrich Schmidt verlas die Bilanz des Vorjahres, die seitens der Versammlung genehmigt wurde, und erteilte man dem Vorstand Entlastung. Der Reingewinn soll in der Weise verteilt werden, daß auf die Geschäftsguthaben 5% Dividende gutgeschrieben werden, während der Rest dem Reservefond, dem Hilfsreservefonds und dem Betriebsfonds gutgebracht werden. Der von den Bauanwärtern zu tragende Unkosten-Zuschuß wurde ermäßigt. Der Vorstand gab einen Bericht über die stattgefundene Revision. Die Neuwahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat ergaben folgendes Resultat: Die vom Vorstand auscheidenden Herren Heinrich Plate und Amtsbaumeister Börnke wurden wiedergewählt. Vom Aufsichtsrat wurden wieder gewählt die Herren Max Becker, Ernst Hefendehl (Kierspe-Bhf.) Ernst Bremicker und Karl Marfus. Für den zurückgetretenen Herrn Bürgermeister Hildebrandt fiel die Wahl auf Herrn Gemeindevorsteher Heufelbach. Die aufzunehmende Anleihe für die Bauten des Jahres 1930 wurden seitens der Versammlung genehmigt. Der Bauverein hatte am 1. Januar 1929 einen Mitglieder-Bestand von 172 mit 181 Anteilen, hinzu kamen 7 Mitglieder mit 7 Anteilen, im Abgang 3 Mitglieder mit 3 Anteilen, sodaß am Schluß des Berichtsjahres ein Bestand von 176 Mitgliedern mit 185 Anteilen verblieb.

Kierspe-Bhf.

— **Von einem Unglücksfall,** welcher aber noch glimpflich abließ, wurde am Samstag morgen der Landwirt Fr. L. von Höhlen betroffen. L. befand sich mit seinem vollbeladenen Fuhrwerk auf der Fahrt zur Molkerei, als

ihm in der Nähe von Waldheim in voller Fahrt das rechte Borderrad plötzlich vom Wagen abfiel. Der Wagen flog zur Seite und zahlreiche Milchkannen öffneten sich, sodaß die Milch über die Straße floß. L. flog in hohem Bogen auf die Straße und trug erhebliche Fleischwunden am Kopfe davon.

— **Lüdenscheld, 23. Juni.** Die Landgemeinde erhebt Beschwerde im Streit um die Weihnachtshilfe. Die Weihnachtshilfe 1929 in der Landgemeinde Lüdenscheld sind immer noch umstritten. Wie J. 3. berichtet, hat der Gemeindevorsteher der Landgemeinde Lüdenscheld den Beschluß der Gemeindevertretung vom 16. 2. 29, so schreibt der VGH., den Ortsarmen, Sozial- und Kleinrentnern, Arbeitslosen, Kurzarbeitern mit nur 3 Arbeitstagen und Gemeindefacharbeitern, Weihnachtshilfe, und zwar für Alleinstehende und Haushaltungsvorstände 15 RM., Frauen 10 RM., Kindern unter 14 Jahren 7,50 RM. zu gewähren, beim Kreisaußschuß Altena wegen erheblicher Verletzung der Gemeindeinteressen beanstandet, und nur die vorjährigen Sätze von 10 RM., bezw. 5 RM. und 5 RM. zur Auszahlung bringen zu lassen. Mit dieser Beanstandung hat sich der Kreisaußschuß Altena in der Sitzung am 26. Mai befaßt und dieselbe als nicht zu Recht bestehend abgelehnt. (Der Beschluß ist vorgestern eingegangen.) Der Kreisaußschuß hat damit für die Landgemeinde Lüdenscheld Weihnachtshilfe in einer Höhe anerkannt, wie sie im ganzen Kreise Altena und weit darüber hinaus von keiner Kommune gezahlt worden sind. Die Entscheidung stützt sich darauf, daß, trotzdem der Haushalt 1929 der Landgemeinde Lüdenscheld mit 51 500 RM. Defizit abschließt und das erhebliche ungedeckte Defizit des Haushalts 1929 ausschließlich auf die Ueberziehung des Wohlfahrtsrats zurückzuführen ist, der sich aus dem Beschluß der Gemeindevertretung ergebende Mehrbetrag von 3000 RM. für Weihnachtshilfe nicht so bedeutend sei, daß die Gesamtinteressen der Gemeinde gefährdet sind. Der Gemeindevorsteher hat von seinem Beschwerderecht gegen diesen Kreisaußschußbeschluß an den Bezirksauschuß Arnberg Gebrauch gemacht. Man wird gespannt sein, welche Stellung der Bezirksauschuß in dieser Sache einnimmt, zumal in heutiger Zeit von den Aufsichtsbehörden dauernd nach allen Richtungen Sparjamkeit gepredigt und Maßnahmen und Anordnungen festgelegt, angedroht und getroffen werden, um eine Erhöhung der Kommunalsteuern zu verhindern.

— **Bruderfeld, 23. Juni.** Ein schweres Auto-unglück ereignete sich gestern kurz nach Mittag in der Kurve der Landwehr Drehe. Ein von Gebelsberg kommender mit 3 Personen besetzter Personenwagen überhüllte sich in der Kurve zweimal. Zwei Personen, der Arzt Dr. B. aus Gebelsberg und dessen Bruder wurden schwer verletzt, während der dritte Mitfahrer mit leichteren Verletzungen davonkam. Die beiden Schwerverletzten wurden durch ein vorbeikommendes Auto ins Voerder Krankenhaus gebracht. Wie das Unglück entstanden ist, muß die polizeiliche Untersuchung ergeben. Dr. B. hat den Wagen selbst gesteuert.

Flugtag in Kierspe.

Es war wieder einmal Flugtag in Kierspe.

Gast könnte man annehmen, daß Kierspe als Fluggelände Bedeutung haben könnte. Man denke: die Veranstaltung hatten vor einer Woche in Berlin einen Flugtag in Scene gesetzt. Und als nächstes Ziel sieht man Kierspe vor.

Bei der gestrigen Veranstaltung zeigte sich, daß das Interesse hiersebst abgeklaut war. Trotzdem mochten aber immerhin etwa 1500 Menschen auf dem Platze sein. Dazu hatten sich aber auch auf den benachbarten Höhen überall Menschengruppen zusammen gefunden, die aus der Ferne dem Spiel zusehen wollten.

Die Flugzeuge trafen bereits am Samstag vormittag hier ein. Des nachmittags machte man einen Reklameflug, der am Sonntag vormittag wiederholt wurde.

Gegen 3 Uhr nachmittags nahm die Veranstaltung ihren Anfang. Am Start sah man die Flugzeuge: D 1206: Vollkunstflugtauglicher Doppeldecker vom Typ Flamingo BZWB. 12 b mit 100 PS Siemens Motor. D 1859: Hochdecker-Reiseflugzeug vom Typ Epenlaub C 14 mit 80 PS Cirrus-Motor.

Außerdem 2 Segelflugzeuge.

Als Führer waren anwesend Kern und Epenlaub. Zunächst wurden die beiden großen Flugzeuge vom Start gelassen.

Darauf führte Epenlaub seinen Hochdecker einzeln vor, wobei er als Führer große Fähigkeiten an den Tag legte.

Es folgte ein Ballonrammen der beiden Maschinen nacheinander.

Man hatte den Eindruck, als ob die Menschenmenge den Dingen etwas gleichgültig zuseh. Es war schließlich nichts Neues mehr. Man will schon Sensationen sehen. Dazu machte die drückende Hitze die Menschen etwas stumpf. Günstig hat diese Hitze die ganze Veranstaltung jedenfalls nicht beeinflusst.

Größeres Interesse wurde schon nach, als Kern auf seiner Maschine Kunstflüge ausführte. Diefem Piloten geht ein ausgezeichnetes Auf voraus, den er auch heute wieder rechtfertigte. Wie er seine Maschine geradezu als Spielzeug behandelte, und mit ihr die tollkühnsten Stücke ausführte, war einfach fabelhaft.

Epenlaub und Kern führten dann noch gemeinsam einen Luftschleppzug aus, wobei ein Segelflugzeug ins Schlepptau genommen wurde.

Gegen 6 Uhr kam eine Bewegung und gewisse Unruhe unter die Zuschauer. Es war unsicher zu erraten: Cläre Lange stieg auf zum Fallschirmabsprung. Mit Spannung hingen aller Augen an dem Flugzeug, das immer höher und höher stieg. Plötzlich löste sich ein gewisses Etwas aus dem Flugzeug — das Herz mochte manchem für einen Augenblick stehen bleiben — dann aber sah man auch schon ein Entfallen des Schirmes, und ruhig und sicher glitt die Pilotin zur Erde, wo sie von dem Jubel der Anwesenden begrüßt wurde.

Es war der 18. Sprung ins Ungewisse, den Cläre Lange tat. Im August vorigen Jahres hat sie ihre Fallschirmbahn begonnen und hat bekanntlich schon im Herbst vorigen Jahres einen Absprung auf unserem Gelände gemacht. Sie war inzwischen in den verschiedensten Gegenden unseres Vaterlandes: Berlin, Gera, Weimar, Remscheid usw. Sie versicherte uns, nie Herzklopfen beim Absprung empfunden zu haben. Ihr Schirm ist noch der erste, den sie angeschafft hat.

Die Organisation der ganzen Veranstaltung war gut durchgeführt. Dieselbe lag in den Händen der Polizei, die von auswärtiger Verstärkung hatte kommen lassen.

Ueberhaupt — der Flugtag, und die Leistungen machte den Veranstalter alle Ehre. Wir glauben allerdings kaum, daß das Resultat finanziell befriedigt hat.

Nah und Fern

○ Vier Nationalsozialisten von Kommunisten schwer verletzt. In Berlin-Reinickendorf führte eine nationalsozialistische Versammlung zu einer schweren Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Polizei konnte nur mit Mühe nach Abgabe einiger Schreckschüsse die Ordnung wiederherstellen. 60 Personen, die sich an der Schlägerei beteiligt hatten, wurden festgenommen. Als später mehrere Nationalsozialisten im Autobus nach Hause fuhren, wurden sie mit Steinen beworfen und beschossen, wobei zwei Nationalsozialisten lebensgefährlich und zwei schwer verletzt wurden.

○ Veruntreuungen bei einem Finanzamt. Bei dem Finanzamt in Achim hat sich der Obersteuereinschreiter und Kassierleiter Fritz Meyer schwere Veruntreuungen zuschulden kommen lassen, indem er Verrechnungsschecks in bar einlöste und so den Betrag den Buchungen entzog. Meyer ist aus Achim verschwunden. Dem Vernehmen nach ist Haftbefehl erlassen worden.

○ Verhaftung eines flüchtigen Defraudanten. Der seit dem 30. Mai flüchtige Buchhalter Rulf von der Hauptverwaltung des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes Hamburg, der 107 000 Mark unterschlagen hatte, ist in Antonialwald im Hegergeirge, wo er sich unter dem falschen Namen Nöhrenberg als Sommergast aufhielt, verhaftet worden. Er hatte sich durch große Geldausgaben verdächtig gemacht. Es wurden bei ihm nur noch 13 000 Mark vorgefunden.

○ Explosionskörper in einer Altkupferladung. Auf dem Kupferwerk Hsenburg stießen beim Entladen eines Eisenbahnwagens, in dem sich Altkupfer befand, Arbeiter auf einen Explosionskörper, der mit einem starken Knall explodierte. Teile des Sprengkörpers durchschlugen das Dach des Eisenbahnwagens. Von den Arbeitern, die sich in dem Wagen befanden, wurde der eine so schwer verletzt, daß er Aufnahme im Krankenhaus finden mußte, während die Verletzungen des andern nicht so schwer waren. Die Ursache der Explosion ist noch nicht bekannt.

○ In der Luft zusammengeknallt. Auf dem Fluge von Pitz nach Warnemünde stießen über der Mecklenburgischen Bucht die beiden mit Schülern der Deutschen Verkehrsfliegerhochschule besetzten Flugzeuge „D. 1404“ und „D. 1346“ zusammen. „D. 1346“ konnte noch auf dem Wasser landen. Von dem andern Flugzeug war der eine Flügel so schwer beschädigt, daß es abrutschte und so heftig auf dem Wasser aufprallte, daß es völlig zertrümmerte. Die Insassen konnten sich glücklicherweise so lange auf den Trümmern halten, bis das gelandete Flugzeug herangerollt kam und sie an Bord nahm. Die Schuld an dem Zusammenstoß soll den Führer von „D. 1404“ treffen, der auf seinen Vordermann von hinten aufsprang.

○ Zwei Kinder vor den Augen der Mutter versunken. Zwei Geschwister im Alter von 10 und 11 Jahren, die mit ihrer Mutter am Dudenbunder Elbstrand spazieren gingen, versuchten bei Niedrigwasser um einen Wellenbrecher zu laufen, als sie plötzlich vor den Augen der Mutter versanken und nicht wieder auftauchten. Wahrscheinlich sind sie in eine Vertiefung geraten. Ihre Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

○ Das Orchester der Berliner Schutzpolizei in Kopenhagen. Das Orchester der Berliner Schutzpolizei traf unter Führung des Polizeichefs Kommandeur Heimannsberg in Kopenhagen ein, wo es auf Einladung der Kopenhagener Polizeiverbände drei Konzerte gibt. Auf dem Bahnhofs waren zur Begrüßung die Kopenhagener Polizeiverbände mit Fahnen und Orchester, Vertreter der deutschen Gesandtschaft und der deutschen Kolonie, die deutschen Gefangenenvereine und eine vieltausendköpfige Menschenmenge erschienen.

○ Drei Schüler durch eine Höllemaschine verletzt. Der Schüler der Brüder Städtischen Handelsschule Ernst Löwenberg erhielt in der Schule ein Postpaket zugestellt. Als der Schüler Scheberta dem Löwenberg das Paket aus der Hand nahm, explodierte es, und Scheberta brach zusammen. Die Untersuchung ergab, daß das Paket eine sachmännlich hergestellte Höllemaschine enthielt. Die ganze Ladung war dem Scheberta ins Gesicht gedrungen. Er erlitt Verbrennungen an beiden Augen. Auch Löwenberg und ein anderer Schüler wurden verletzt. Man ist der Ansicht, daß es sich um einen Racheakt gegen den Vater Löwenbergs handelt, der durch seinen Sohn getroffen werden sollte.

○ Der Streit um Lösses Millionen entschieden. In dem Prozeß um die Millionenerbischaft des verstorbenen Berliner Juweliers Albrecht Lösses wurde das Urteil gesprochen. Die von der großen Verwandtschaft Lösses gegen die beiden Universalen erhobene Klage wurde abgewiesen. Die Kosten wurden der klägerischen Partei auferlegt.

○ Wilhelm II. bei einer Motorbootexplosion. Bei einem Ausflug, den der Kaiser Wilhelm II. mit seiner Frau und anderen Personen auf einem See in der Nähe von Leyden mit zwei Motorbooten unternahm, kam es, als beide Boote nebeneinander lagen, auf einem von ihnen plötzlich zu einer furchtbaren Explosion. Das Boot stand sofort in Brand. Fünf Personen, zwei Frauen und zwei Männer der Hofgesellschaft sowie ein Monteur, wurden schwer verletzt und mußten ins Leydener Krankenhaus geschafft werden. Unter den Verletzten befinden sich ein Graf Dönhoff und eine Gräfin Lehnhorff.

Bunte Tageschronik

Brandenburg. Der bei Groß-Kreuz bei einer Schießerei mit Einbrechern am Himmelfahrtstage schwerverletzte Oberlandjäger Nach ist seinen Verletzungen erlegen.

Lübeck. Die Zahl der Todesopfer unter den mit dem Calmette-Präparat genährten Säuglingen hat sich auf 41 erhöht.

Hamburg. In der Petersstraße gab ein Kriminalbeamter, der sich bedroht glaubte, einige Schüsse auf eine Menschenansammlung ab. Zwei Männer und eine Frau wurden erheblich verletzt. Es wird untersucht, ob der Beamte in Notwehr gehandelt hat.

Karlsruhe. Beim Graben eines Brunnenschachtes wurden ein Landwirt aus Knielingen und sein Sohn durch ausströmende giftige Gase getötet. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Madrid. Ein Personenzug fuhr infolge falscher Weichenstellung bei Saragozza auf einen Güterzug auf, wobei acht Personen so schwer verletzt wurden, daß sie in ein Krankenhaus übergeführt werden mußten.

Chilton (Wisconsin). Bei einem Zusammenstoß zweier Automobile wurden fünf Personen getötet und eine lebensgefährlich verletzt. Die Insassen des Wagens lehnten von einer Hochzeitsfeier heim.

Schanghai. In der Stadt Sischuihien ist ein Munitionslager in die Luft geflogen. Die Wachmannschaft, die aus einem Offizier und 23 Mann bestand, wurde getötet.

Paris. In der Nähe von Tuntz ist ein Marineflugzeug abgestürzt. Ein Leutnant wurde getötet, ein Kapitän verletzt.

Paris. In der Nähe von Velfort wurden beim Regen von Eisenbahnschienen zwei Streckenarbeiter von einem Zuge überfahren und zermalmt.

Bularest. Im Dorfe Soars (Bezirk Jagaras) schlug der Blitz in die Kirche ein. Drei Personen wurden getötet, vier verletzt.

Das Modell der Berliner Siegesgöttin.

Wer je in Berlin gewesen ist, kennt aus eigener Anschauung die Siegesgöttin, die „Viktoria“, die im Tiergarten, in der Nähe des Reichstagsgebäudes, steht, und wer sie nicht persönlich gesehen hat, kennt sie mindestens aus Abbildungen. Dabei zu bemerken ist, daß es — was nicht alle Nichtberliner wissen dürften — in Berlin noch eine zweite, aber kleinere Siegesgöttin gibt. Diese zweite Viktoria, die auf dem Velle-Alliance-Platz zu finden und zu finden ist, wurde zur Erinnerung an die deutschen Siege in den Befreiungskriegen errichtet, während die Siegesgöttin auf dem ehemaligen Königsplatz, der jetzt Platz der Republik heißt, eine Erinnerung an die deutschen Siege in den Jahren 1870/71 darstellt. Das Modell dieser großen Viktoria nun lebt noch heutzutage in Berlin und ist am 20. Juni 83 Jahre alt geworden. Es ist die Tochter des Schöpfers der Viktoria, des Bildhauers Friedrich Drake, der im Jahre 1882 in Berlin gestorben ist. Drake, der ursprünglich Kunstschreiner war, wurde Schüler Rauchs und hat dann zahlreiche hervorragende Bildwerke geschaffen. Bei der über acht Meter hohen, in stark vergoldeter Bronze hergestellten Viktoria, zu der ihm seine älteste Tochter Margarete Modell gestanden hatte, ist ihm manches mißlungen: er hat sich vor allem in den Maßstäben verrechnet, und die spottlustigen Berliner haben früher manchmal ihren Witz an der Viktoria versucht. Margarete Drake hatte in jungen Jahren den inzwischen verstorbenen Ingenieursoffizier Otten geheiratet. Aus dem Leben ihres Vaters und von seinen Begegnungen mit Wilhelm I., mit dem alten Feldmarschall Wrangel, mit der Kaiserin Eugenie — bei der Eröffnung der Suezkanal — und mit anderen Größen seiner Zeit weiß die alte Dame manche interessante Anekdote zu erzählen.

Hinrichtung eines Vaternörders.

Todesurteil trotz Interventionen vollstreckt. Der vom Schwurgericht in Ravensburg (Württemberg), wegen Ermordung seines Vaters zum Tode verurteilte Landwirt Julius Zell ist im Hofe des Amtsgerichts Ravensburg hingerichtet worden.

Diese Hinrichtung ist deshalb bemerkenswert, weil auf Antrag des Strafrechtsausschusses des Reichstages die Reichsregierung die württembergische Regierung ersucht hatte, das Todesurteil nicht vollstrecken zu lassen. In diesem Sinne hatten auch die deutsche Friedensgesellschaft und die Frauenliga für Frieden, Recht und Freiheit interveniert. Für den württembergischen Staatspräsidenten Dr. Volz war bei der Ablehnung der Begnadigung in erster Linie die Scheußlichkeit der Tat bestimmend. Zell hatte seinen Vater auf den Dachboden gelockt, ihn hinterlistig ermordet und ihn wie einen Hund hinter dem Hause verscharrt.

Großfeuer in Sachsen und im Saargebiet.

Mehr als 100 Arbeiter brotlos geworden.

Auf dem sächsischen Rittergut Medingen, das der Landparzellierungsaktiengesellschaft Berlin gehört, brach Feuer aus. Ein großer Teil der Heuernte, etwa 2000 Zentner, war bereits in der Scheune aufgestapelt. Das Heu wurde mit einer Fördermaschine nach dem ersten Stock des Wirtschaftsgebäudes befördert. Plötzlich geriet es in Brand, vermutlich durch einen Funken des Motors. Das Förderband trug die Flamme rasch hinauf in die Scheune, die im Augenblick lichterloh brannte. 12 Frauen und einige Männer, die auf dem Heuboden beschäftigt waren, konnten sich nur dadurch retten, daß sie aus einem kleinen Scheunenfenster sechs Meter tief in den Hof sprangen, wobei sich eine Frau Verletzungen zuzog. Der Schaden wird auf rund 200 000 Mark geschätzt.

Im Merziger Zweigwerk der Porzellan- und Steingutfabrik von Villeroy und Boch brach, wie aus Saarbrücken berichtet wird, ein Feuer aus, das großen Schaden anrichtete. Durch das Feuer wurden einige Brennöfen vernichtet und damit ein Teil des Betriebes stillgelegt. Bisher werden 100 bis 120 Arbeiter brotlos werden.

Fünf Todesopfer eines Geisteskranken.

In eine Felschlucht gestoßen.

Ein anscheinend geistesgestörter Mann in New-Haven (Connecticut) stieß seine Frau und vier Kinder vom Rande einer ungefähr hundert Meter hohen fast senkrechten Felsklippe in den Parkanlagen in eine Felsenspalte hinab. Er kletterte dann zu einem tieferliegenden Felsvorsprung, auf dem er etwa eine Stunde lang saß, und warf ab und zu kleine Steine in die Luft. Schließlich sprang er gleichfalls hinab. Alle sechs Personen sind tot.

Schlupfdienst.

Vermischte Nachrichten vom 22. Juni.

Die Unterzeichnung des preussisch-bremischen Staatsvertrages. Bremen. Der preussisch-bremische Staatsvertrag ist im Rathaus von dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brauns und dem Präsidenten des Senats, Bürgermeister Dr. Donandt unterzeichnet worden.

Der Blitz an der Heugabel.

Gaildorf (Württemberg). In Tonolzbronn wurden zwei Knechte beim Heuabladen vom Blitz getötet. Der Blitzstrahl traf zuerst den einen Knecht und dann, an der Heugabel entlangfahrend, den anderen.

Tödlicher Absturz eines Segelfliegers.

Dörnberg (Kr. Wolfsburg). Der Segelflieger Ernst Ebe aus Rassel, der auf dem Dörnberg einen Segelflug unternahm, stürzte, nachdem er eine Höhe von 50 bis 60 Metern erreicht hatte, ab. Ebe war sofort tot, er hatte einen Schädelbruch erlitten.

Gesundheitliches.

Wer gut verdaut, hat mehr vom Leben; denn Sodbrennen, Magenbeschwerden usw., welche fast immer ihre Ursache in dem Uebermaß an Magensäure haben, wirken außerordentlich störend im Beruf und auf das Gemüt. Das millionenfach bewährte Kaiser-Natron ist milde im Geschmack und sehr bekömmlich, schafft Erleichterung, Linderung und Lebensfreude. Kaiser-Natron ist in Küche, Haushalt, auf Reisen, zur Gesundheits- und Körper-Pflege usw. für jedermann unentbehrlich und ersetzt manches teure Präparat, weshalb Kaiser-Natron mit Recht als gutes, billiges Universal-Mittel empfohlen wird. Beim Einkauf achte man stets auf die geschäftlich geschützte Marke Kaiser-Natron und die grünen Packungen. Niemals lose Nachahmungen weise man stets zurück.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Kaiser-Natron

milde im Geschmack und sehr bekömmlich, bringt Erleichterung und Linderung bei Sodbrennen, Magensäure, wirkt beruhigend. Man verlange ausdrücklich Kaiser-Natron nur in grüner Original-Packung, höchste Reinheit garantiert, niemals lose, in den meisten Geschäften. Rezepte gratis. Arnold Holste Wwe., Bielefeld (1-88)

Empfehle mein reichhaltiges Lager

in:

Knaben-, Burschen-, u. Herren-Anzügen in allen Farben und Stoffen. Knaben-, Burschen- und Herren-Sport-Anzüge in Loden, Reitcord und Wildleder. Monteur-Anzüge, Kammgarn-, Buxkin- und Arbeitshosen. Knaben-Strick-Anzüge, Herren-Strickwesten in vielen Farben. Pullover für Damen, Herren und Kinder in allen Größen. Loden- u. Schwedenmäntel für Knaben, Burschen und Herren zu äußersten Preisen. Die neuesten Herren- u. Damen-Stoffe in allen Preislagen und Farben. Motorfahrer-Anzüge, Lumberjacks und Lederjacken für Herren u. Damen in schwarz, braun, rot u. grün. Nichtpassendes wird sofort unentgeltlich passend gearbeitet.

Hugo Nieding, Halver-Eichholz 4.

Die Tapete

erfreut sich heute wieder einer steigenden Beliebtheit und hat sich gegen die Mode der Leimfarbenanstriche siegreich behauptet. Der Hauptgrund liegt wohl vor allem darin, sie

billig

billiger

ist als Leimfarbenanstrich. Sie können in meiner Auswahl von 506 000 Rollen Tapeten für wenig Geld eine moderne, schöne Tapete finden, die auch einen verwöhnten Geschmack befriedigt u. dabei

Tapetenhaus „Hansa“

Inhaber Max Müller Vödenheid, Knapperstraße 19/21. Nur am Karlsplatz. 5 Minuten vom Bahnhof entfernt.

Evgl. Kirchengemeinde Halver.

Vortrag

v. Herrn Pastor Müller: Schwere „Das Christentum im Kampf“ Dienstag, 24. Juni abds. 8 Uhr in der Kirche Alle sind herzgl. eingeladen. Das Presbyterium.

Turn-Berein Grünbaum.

Am Mittwoch, d. 25. Juni 1930, nach dem Turnen

Bersammlung

Tagesordnung wird in der Bersammlung bekannt gegeben.

Wegen des bevorstehenden Bezirksfestes ist allseitiges Erscheinen unbedingt erforderlich.

Der Vorstand.

Mehrere junge Leute erhalten

guten Mittagstisch in Halver.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allg. Anz. Halver.



Einkoch- u. Gläser

in allen Größen vorrätig

Wilh. Bell jr., Halver.

Abitur

Ob. Sekunda-Reife

Schnellste Vorbereitung von Schülern u. Schülerinnen

Paedagogium

Privatsch. - Schülerh. Hagen Bahnhofstr. 34

Spezialitäten

Kaffees

1/2 Pfd. schon von 70 Pfg. an

Otto Meisterjahn, Kierspe.